

Anton Heinzl
Abgeordneter zum Nationalrat
Prandtauerstraße 4
A-3100 St. Pölten

XXII. GP.-NR

Nr. 52 /PET

An den Präsidenten des Nationalrates
Dr. Andreas Khol
Parlament
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
A-1017 Wien

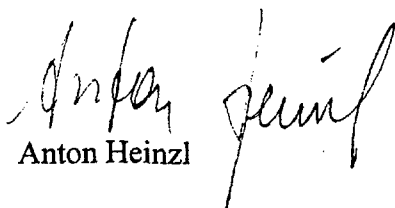
St. Pölten, am 7. Jänner 2005

Petition für die Erhaltung des Postamtes 3213 Frankenfels

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage überreichen wir die Petition "für die Erhaltung des Postamtes 3213 Frankenfels" im Sinne des § 100 Abs. 1 Z 1 GOG mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen


Anton Heinzl

Anlagen: wie oben erwähnt

PETITION
für die Erhaltung des Postamtes
3213 Frankenfels

betreffend der Ankündigung der Post AG
dieses Postamt schließen zu wollen

Petition für die Erhaltung des Postamtes 3213 Frankenfels

Die in den letzten Wochen bekannt gewordene Absicht der Post AG - welche zu hundert Prozent im Eigentum des Bundes steht - in Österreich voraussichtlich hunderte Filialen der derzeit 1640 Postfilialen zu schließen, hat in der Bevölkerung enormen Unmut ausgelöst, insbesondere auch deshalb, weil die Schließung von 750 Postämtern, davon 230 in Niederösterreich, erst kurz zurückliegt.

Die Post AG begründet die Notwendigkeit zur Schließung jeder vierten Filiale in Österreich mit den Vorgaben durch die Post - Universaldienstverordnung, welche eine „ausreichende Versorgung“ der Bevölkerung vorschreibt, sowie damit, dass sie als Kapitalgesellschaft gewinnorientiert arbeiten müsse, und um die Dividendenvorgabe durch die Bundesregierung zu erfüllen. Die Bundesregierung hat mit ihrer Politik dafür gesorgt, dass bereits vor zwei Jahren in Niederösterreich 230 Postämter geschlossen werden mussten. Nach der Schließung dieser Postämter wurden aber nur 35 „Postpartner“ gefunden, also nur in 16 Prozent aller Fälle konnte Ersatz geschaffen werden.

Der versprochene Ersatz in Form von „Postpartnern“ ist somit eine völlig ungenügende Maßnahme.

Die Absicht der Post AG, im Zuge der neuerlichen Schließungen auch das Postamt 3213 Frankenfels zuzusperren, ist ein massiver Schlag gegen die Infrastruktur in Frankenfels. Deshalb stoßen die Pläne der Post AG auf völliges Unverständnis bei der betroffenen Bevölkerung. Insgesamt haben sich über 800 betroffene Bürgerinnen und Bürger in den beiliegenden Unterschriftenlisten und der Gemeinderat von Frankenfels in der ebenfalls beiliegenden Resolution gegen die Schließung dieses Postamtes ausgesprochen. Ich schließe mich dieser Meinung vollinhaltlich an.

ICH FORDERE DAHER DEN VORSTAND DER POST AG DAHER AUF, AUF DIE ANGEDACHTTE SCHLIESSUNG ZU VERZICHTEN. WEITERS FORDERE ICH DIE BUNDESREGIERUNG ALS EIGENTÜMERVERTRETER AUF, GEGEN DIESE WEITERE ZERSCHLAGUNG DER INFRASTRUKTUR DER POST AKTIV ZU WERDEN.

Widerstand

Gegen die Schließung des Postamtes 3213 Frankenfels

In der jüngsten Vergangenheit wird in den Medien wieder über Pläne der Post berichtet, dass nach der Schließungswelle der Jahre 2001 und 2002 wieder hunderte Postämter aufgelassen werden sollen.

Auch das Postamt in Frankenfels wird in diesen Berichten genannt.

Es braucht nicht näher erläutert zu werden, welch tiefer Einschnitt in die ländliche Infrastruktur durch die Schließung eines Postamtes vorgenommen wird.

Dort, wo Postämter geschlossen werden, werden sich viele Menschen mit zusätzlichen Schwierigkeiten konfrontiert sehen. Nicht alle sind so mobil, dass sie viele Kilometer ins nächstgelegene Postamt fahren können.

Jene, die kein Auto haben, keinen Führerschein besitzen oder aus anderen Gründen nicht so leicht von zuhause weg können sind die Leidtragenden dieses Postämterkahlenschlages. Sie müssen mehr Geld für öffentliche Verkehrsmittel und auch mehr Zeit investieren, um so profane Dinge zu erledigen wie einen eingeschriebenen Brief oder ein Paket abzuholen.

Die Unterzeichner dieser Unterschriftenliste fordern die Bundesregierung im Allgemeinen und den zuständigen Minister für Infrastruktur und Verkehr im Besonderen auf, dem Versorgungsauftrag gegenüber der Bevölkerung nachzukommen und dafür Sorge zu tragen dass es zu keiner Schließung des Postamtes 3213 Frankenfels kommt, da durch eine weitere Zerstörung der bestehenden Infrastruktur nicht nur die Lebensqualität im ländlichen Raum deutlich gemindert wird, sondern auch der Landflucht Tür und Tor geöffnet wird.